



aktuell

Landtag Mecklenburg-Vorpommern 7. Altenparlament



Sylvia Bretschneider

Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie auch im Namen der Landtagsabgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ganz herzlich zum 7. Altenparlament.

Meine Damen und Herren, vor 12 Jahren, 1999, fand das erste Altenparlament hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern statt. Die Initiative dazu kam von meinem Amtsvorgänger, Herrn Hinrich Kuess-

ner. Ziel ist bis heute, nicht nur über Seniorinnen und Senioren, sondern mit ihnen zu reden, um ihre Probleme und Wünsche kennen zu lernen.

Ein neu etabliertes Gremium musste sich erst Gehör verschaffen. So war es nicht verwunderlich, dass es nach dem ersten Altenparlament 1999 unterschiedliche Auffassungen darüber gab, wie mit den Beschlüssen des Altenparlamentes umzugehen ist. Inzwischen ist die anfängliche Skepsis einer kooperativen Zusammenarbeit gewichen. Das Altenparlament hat sich inzwischen einen festen Platz in der

politischen Landschaft des Landes gesichert. Es ist Ihnen und insbesondere dem Organisationskomitee und dem Landesseniorenbeirat in jahrelanger Zusammenarbeit gelungen, ein Vertrauensverhältnis zu den Fraktionen des Landtages und der Landesregierung aufzubauen. Dabei haben Sie - so wie mit Ihren drei Leitanträgen in diesem Jahr - bewiesen, dass Sie einen großen Erfahrungsschatz und Lebenserfahrung besitzen. Sie haben nie den Blick aufs Ganze verloren. Diese Realitätsbezogenheit hat es sowohl den Fraktionen im Landtag als auch der Landesregierung erleichtert, Ihre Vorschläge bei ihren Überlegungen mit einzubeziehen. So beeinflussen ihre Beschlüsse immer wieder die politischen Entscheidungen. Insbesondere das Seniorenmitwirkungsgesetz wäre ohne das langjährige Engagement vieler Altenparlamente kaum denkbar.

Meine Damen und Herren, heutzutage wird viel über den demografischen Wandel geredet. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern wird in den nächsten Jahrzehnten der Anteil der Älteren deutlich steigen. Das Altern der Gesellschaft bringt Probleme mit sich. Das ist klar. Ich sehe darin aber nicht vordringlich eine gesellschaftliche Belastung oder Bedrohung, sondern eine älter werdende Gesellschaft schafft auch neue Chancen und Potenziale.

Die Einbeziehung der Dimension des Alterns in alle politischen Bereiche und die Gewährleistung der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe älterer Menschen ist unsere politische Verpflichtung. Es ist eine hoch aktuelle zentrale Aufgabe unserer Kultur,

allen Menschen - nach ihren Möglichkeiten - gleiche Teilhabe am Leben zu erlauben. Es gibt keinen legitimen Grund, irgendwen auszugrenzen - das ist wegen des Alters oder einer körperlichen Einschränkung genauso wenig berechtigt wie wegen der Herkunft oder des Glaubens. Wir müssen alle zusammen und generationenübergreifend unsere Zukunft gestalten.

Viele Seniorinnen und Senioren sind bis ins hohe Alter aktiv, leistungsbereit und leistungsfähig. Sie wollen aktiv mitmachen, sich persönlich einbringen, Neues erfahren, sich austauschen, Anregungen sammeln, Kontakt mit Menschen haben, insbesondere auch mit der jüngeren Generation, kurzum - sie wollen weiterhin mitten im Leben stehen!

Wir haben mit unserem Seniorenmitwirkungsgesetz diesen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Seniorinnen und Senioren entsprechende Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten im sozialen und politischen Raum gesichert. Ein moderner Staat muss die Handlungspotenziale und Kompetenzen aller Altersgruppen nutzen und deren aktive und verantwortliche Beteiligung an der Bewältigung der sozialen Herausforderungen fördern. Daher sind Beteiligung, Selbstverantwortung und Solidarität ebenso zu stärken und anzuregen, wie Selbsthilfe, ehrenamtliche Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe.

Daher ist mir die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Altenparlament sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir daher, Ihnen das Anliegen vorzutragen, sich für unsere demokratische Gesellschaft über Ihr sowieso schon bestehendes Engagement hinaus, einzusetzen. Wie Sie vielleicht wissen, hat sich zu Beginn des Jahres 2008 das überparteiliche Bündnis für Demokratie und Toleranz „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ gegründet. Initiatoren waren die evangelischen und katholischen Kirchen des Landes, der DGB die Vereinigung der Unternehmensverbände und ich als Vertreterin der demokratischen Fraktionen des Landtags. Inzwischen unterstützen uns mehr als 1000 Institutionen, Vereine, Verbände Unternehmen aber auch Einzelpersonen. Darunter sind bekannte Persönlichkeiten wie Armin Müller-Stahl, Peter Maffay, Katrin Saß oder Paule Beinlich, der Ministerpräsident Erwin Sellering, der Innenminister Lorenz Caffier oder der Vorsitzende der Fraktion der Linken Helmut Holter. Genauso wichtig ist aber auch die Unterstützung durch Menschen, die vielleicht nicht so sehr im Licht der Öffentlichkeit stehen. Denn und verbindet, dass wir uns für ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Wir wollen ein Land, in dem Rassenhass, Intoleranz und Extremismus – insbesondere Rechtsextremismus – keine Chance haben.

Wir haben im Foyer einen Tisch aufgebaut, an dem Unterstützerlisten für das Bündnis „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ ausliegen. Meine Bitte ist: Tragen Sie sich in die Unterstützerlisten ein. Unterstützen Sie das Bündnis. Setzen Sie ein Zeichen für unsere Demokratie. Ich verspreche Ihnen, dass Sie mit der Unterstützung Sie keine weitere Verpflichtung eingehen, wenngleich wir uns natürlich über jedes Engagement für die Demokratie freuen. Wir alle können daran mitwirken, dass nach dem 4. September dieses Jahres keine Rechtsextremisten mehr im Landtag und in unseren Kommunalvertretungen sitzen.

Meine Damen und Herren, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer demokratischen Gesellschaft müssen wir bewahren und gegen extremistische Angriffe schützen. Und auch das Altenparlament ist eine Einrichtung unserer demokratischen Gesellschaft, bei dem Seniorinnen und Senioren ihre Vorstellungen und Ziele artikulieren können.

Nur gemeinsam mit Ihnen kann eine verantwortungsbewusste Seniorenpolitik gelingen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass auch vom 7. Altenparlament wieder wichtige Impulse für die Politik und die Gesellschaft ausgehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Manuela Schwesig

Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Ich begrüße Sie herzlich und freue mich, dass ich anlässlich des 7. Altenparlamentes einige Worte an Sie richten kann. Das Altenparlament hat sich zu einem festen Bestandteil der Seniorenpolitik unseres Landes und zu einem anerkannten Gremium der älteren Generation gegenüber dem Parlament, der Landesregierung und den Kommunen entwickelt.

Dienstleistungen und Produkte sollten nach meiner Ansicht künftig weitaus stärker als bisher den Bedürfnissen der älteren Generation entsprechen. Wenn die Wünsche und Forderungen der Älteren nach mehr Benutzerfreundlichkeit, Sicherheit und

Service umgesetzt werden, ist dies ein Gewinn für uns alle. Senioren sind eine wichtige Konsumentengruppe, die übersichtliche Informationen und einen Service erwarten, der ihren Bedürfnissen entspricht. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Das Engagement des Altenparlamentes hat auch in der Politik des Landes Niederschlag gefunden: Der Landtag hat im vergangenen Jahr mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz den Seniorinnen und Senioren umfassende und richtungsweisende Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt. Darauf können wir stolz sein.

Ich werde mich auch weiterhin für eine Angleichung des Rentenwertes Ost an West einsetzen. Eine Bun-

desratsinitiative des Landes zugunsten der in der ehemaligen DDR ohne Versorgungsausgleich geschiedenen Ehegatten sei zwar von der Länderkammer gebilligt, von der Bundesregierung dann aber abgelehnt worden. Für mich steht es außer Frage, dass wir uns für eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus einsetzen müssen. Denn die drohende Altersarmut wird mehr und mehr ein Thema, das die Politik angehen und lösen muss.

Wir dürfen uns in der Diskussion um Politik für die Senioren nicht nur auf die Themen Soziales und Gesundheit beschränken, sondern wir sollten, nein wir müssen das Thema sowohl aus der Sicht des noch Tätigen, des Kreativen und des Vitalen als auch aus der Sicht des auf Hilfe und Pflege angewiesenen älteren Menschen betrachten.

Ich möchte Ihnen Mut machen, sich auch weiterhin in diesem Umfang und zu den verschiedenen Themen zu engagieren, denn die Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren unseres Landes und deren Interessen in alle Politikbereiche sind mir sehr wichtig.

Ich gehe davon aus, dass die Politiker der demokratischen Parteien ihre Empfehlungen, Forderungen und Wünsche aufgreifen werden und sie für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in unserem Bundesland nutzen. Ältere Menschen sind nun einmal als Ehrenamtliche und in der Familie eine unverzichtbare Quelle für soziales Kapital. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg in Ihrer verantwortungsvollen ehrenamtlichen Tätigkeit.

Volker Schlotmann

Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Ich freue mich, dass sich die Mitglieder des Altenparlaments für die Belange älterer Menschen einsetzen und danke Ihnen dafür herzlich.

Mobilität ist ein wichtiger Garant für Freiheit und Selbstbestimmung. Sie bedeutet Unabhängigkeit, Flexibilität und Individualität bei der Verwirklichung der eigenen Interessen. Wir arbeiten stetig daran, die Voraussetzungen für Barrierefreiheit und Mobilität im Alter zu verbessern.

Das Land legt im Landesprogramm Wohnraumförderung einen besonderen Schwerpunkt auf die weitere Anpassung von Wohnungen an die Belange von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen. Insgesamt werden von den im Jahr 2011 verfügbaren Fördermitteln in Höhe von 11,5 Millionen Euro allein rund 5,5 Millionen Euro für Maßnahmen zur barrierefreien und -armen Wohnraumanpassung eingesetzt. Dazu zählen unter anderem der Umbau von Miet- und Genossenschaftswohnungen oder die Nachrüstung von Personenaufzügen. Ich appelliere darüber hinaus auch an private Bauherren, beim Bau oder bei der Sanierung von Gebäuden von vornherein an eine Reduzierung von Barrieren zu denken. Auch die Städtebauförderung berücksichtigt die Belange älterer Menschen. Im Rahmen des Programms Stadtbau Ost wird zum Beispiel das Wohnumfeld unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit verbessert.

Im Bereich Verkehr spielt die Barrierefreiheit ebenfalls eine große Rolle. Die Aufrechterhaltung und Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs bleibt aus sozialen und ökologischen Gründen ein wichtiges verkehrspolitisches Ziel. In den dünn besiedelten Regionen werden künftig alternative und flexible Bedienungsformen wie Anruf-Bus oder Anruf-Sammeltaxis als Ergänzung zum ÖPNV zunehmend Bedeutung bekommen. Das Land fördert bereits solche Systeme, zum Beispiel ein Anruf-Sammeltaxi im Raum Feldberg und Anruf-Bussysteme im Raum Löcknitz und in Grevesmühlen.

Im Schienenverkehr werden ab 2013 fast nur noch niederflurige Züge eingesetzt, um das Ein- und Aussteigen für ältere Menschen, Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen zu erleichtern. Auf den Strecken Berlin-Wismar soll künftig ein Wagen pro Zug mit speziellen Stellplätzen für elektrische Rollstühle samt Begleiterplatz und in verschiedenen Höhen angebrachte gut erreichbare Taster zur Türöffnung ausgestattet sein.

Das Land muss so attraktiv sein, dass Einwohner – jung und alt – gern hier leben und sich ihre Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen. In diesem Ziel weiß ich mich mit dem Altenparlament einig. Ich wünsche der 7. Sitzung des Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern einen erfolgreichen Verlauf.

Fraktion der SPD

Seniorenpolitik ist für die SPD-Landtagsfraktion Querschnittspolitik – sie betrifft alle Lebensbereiche. Diesen Anspruch haben wir in dieser Wahlperiode entschlossen umgesetzt, z.B. durch das Seniorenmitwirkungsgesetz und die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat. Oder durch die Schaffung der Voraussetzungen für die landesweite Errichtung von Pflegestützpunkten zur Beratung und Unterstützung aus einer Hand. Ebenso durch die gezielte Investition in barrierearmes und barrierefreies Wohnen und die Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen in Verbindung mit betreutem Wohnen. Diese Anstrengungen wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung des 7. Altenparlamentes bietet erfreulicherweise eine sehr große Schnittmenge mit wichtigen politischen Fragestellungen, die der SPD am Herzen liegen. So arbeiten wir beispielsweise intensiv an Lösungen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung und fördern weiterhin moderne seniorengerechte Wohnformen im Alter. Außerdem wollen wir die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern und uns für den Abbau von Altersdiskriminierung einsetzen. Mehr Teilhabe und faire Chancen auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichern eine bessere Wahrnehmung älterer Menschen im Wirtschaftsleben. Letztlich geht es darum, den Menschen in einer alternden Gesellschaft ein möglichst eigenständiges, gutes und sicheres Leben im Alter zu ermöglichen. Dafür stehen wir als Partner bereit und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Bitte mischen Sie sich auch weiterhin so engagiert ein!

Fraktion der CDU

Unsere Senioren sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und unseres Gemeinwesens. Sie geben viele wertvolle Impulse und sind mit ihrer lebenslangen Erfahrung der jüngeren Generation in ihrem Wissen oft voraus. Mit dem neuen Seniorenmitwirkungsgesetz haben wir daher ihre Vertretungs- und Mitwirkungsrechte gestärkt. Dieser besondere Wissensvorsprung ist für die Gestaltung kultureller und gesellschaftlicher Entwicklung von großer Bedeutung. Sie ist auch Ausgangspunkt für die Beteiligung an Lernprozessen, für Selbstorganisation und Selbstverwirklichung. Das lebenslange Lernen eröffnet viele neue Möglichkeiten. Es bietet die Chance eines sinnerfüllten und selbständigen Lebens sowie zur Pflege sozialer Kontakte im Alter weit über das allgemeine Lebensumfeld hinaus. Die Basis hierfür ist jedoch stets Gesundheit. Daher ist für die CDU die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum von zentraler Bedeutung. So haben wir neben zahlreichen Einzelmaßnahmen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zur Stärkung der ambulanten und stationären Versorgung auf hohem Niveau ein Stipendienprogramm für Jungärzte auf den Weg gebracht. Auch ein neuer Geriatrieplan wurde erarbeitet. Zudem wird die seniorengerechte Ausstattung und der Umbau von Wohnungen verstärkt gefördert. Durch einen gesunden Lebensstil und gezieltes Training können zudem auch im Alter körperliche und geistige Leistungsfähigkeit aufrechterhalten oder sogar gesteigert werden. Selbständigkeit, gesellschaftliche Aktivität und Lebensfreude bis ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten, ist daher unser Ziel einer nachhaltigen Präventionsarbeit und Gesundheitsförderung. Dies ermöglicht, dass viele

ältere Menschen auch nach ihrem Berufsleben aktiv sind und sich gesellschaftlich engagieren. Denn freiwilliges Engagement von Älteren ist ein Gewinn für alle Generationen.

Fraktion DIE LINKE

Sicherung der pflegerischen und ärztlichen Versorgung, Wohnen im Alter und bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sind schon heute drängende Fragen unseres Alltags. Deshalb finde ich es richtig und wichtig, dass sich das VII. Altenparlament dieser Themen annimmt und in bewährter Art und Weise seine Positionen diskutiert und seine Forderungen gegenüber der Landespolitik artikuliert. Leider hat die Landesregierung in den vergangenen viereinhalb Jahren nicht immer die wünschenswerten und notwendige Bereitschaft gezeigt, das Notwendige und auch darüber hinaus etwas zu tun. Stattdessen wurden das Pflegegeld und das Blindengeld gekürzt. Auf ein flächendeckendes Netz wohnortnaher, unabhängiger Pflegestützpunkte warten wir trotz gesetzlichen Anspruchs leider schon seit zweieinhalb Jahren. Völlig zu Recht kritisieren Sie auch die fehlende Fortschreibung des Geriatriekonzeptes.

Um möglichst lange ein aktives und selbst bestimmtes Leben führen zu können, müssen die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dazu gehören nicht nur ein auskömmliches Einkommen im Alter, sondern auch seniorengerechte barrierefreie Wohnungen. Auch das Wohnumfeld sowie Angebote von Versorgungs- sowie Kultur- und Sporteinrichtungen müssen gut erreichbar sein. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg im Ringen um diese und andere dringend notwendige Fortschritte, die wir im Interesse eines lebenswerten Alters erzielen müssen.

Fraktion der FDP

In einer Gesellschaft des langen Lebens ist die Entwicklung und Entfaltung von Potenzialen des Alters eine der zentralen Aufgaben. Viele ältere Menschen wollen auch nach Beendigung ihrer beruflichen Lebensphase weiterhin aktiv sein. Deshalb unterstützen wir den Ausbau der „Freiwilligendienste aller Generationen“. Das Miteinander von Alt und Jung bringt beiden Seiten einen großen Nutzen. Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wird immer älter. Dies sollten wir als Chance begreifen und durch den Umbau von Institutionen und Infrastruktur die Potentiale der älteren Generation besser ausnutzen. Im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern sehen wir es als unsere Pflichtaufgabe an, die Lebensqualität für ältere Menschen wesentlich zu erhöhen. Wir setzen uns deshalb für den Ausbau seniorengerechter Dienstleistungen ein. Barrierefreiheit muss auch für Senioren gelten.



Tagungspräsidium





Erika Drecoll

Präsidentin des 7. Altenparlaments

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Abgeordnete des Landtages M-V! Sehr geehrte Delegierte des 7. Altenparlamentes M-V! Sehr geehrte Gäste!

Ein herzliches Willkommen zu unserem heutigen nun schon 7. Altenparlament in M-V. Wer hätte das bei unserem 1. Altenparlament 1999, noch unter der Schirmherrschaft vom damaligen Landtagspräsidenten Herrn Hinrich Kuessner einberufen, gedacht, dass das Altenparlament eine feste Größe in unserem politischen Wirken für die ältere Generation wird.

Und ich denke, es ist angebracht, unserer jetzigen Landtagspräsidentin Frau Sylvia Bretschneider, die den Staffeln übernommen hat, um das mal sportlich zu sehen, für ihr Engagement, mit dem sie uns bis zum heutigen Tag (und hoffentlich noch länger), die Möglichkeit einräumt, alle zwei Jahre ein Altenparlament abzuhalten. Herzlichen Dank Frau Landtagspräsidentin, dass Sie unser Anliegen zu Ihrem gemacht haben. Wir sehen darin auch eine Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit, die wir Älteren für die Älteren leisten.

Wenn ich schon beim Danken bin: Mein Dank gilt auch allen, die an der Vorbereitung des 7. Altenparlamentes mitgewirkt haben, dem Organisationskomitee, das schon seit Sept. letzten Jahres stramm gearbeitet hat und der Landtagsverwaltung, hier besonders Frau Stölzer, die mit unerschütterlicher Ruhe alle Aufgaben gemeistert hat.

Nun ist also heute schon das 7. Altenparlament einberufen. D. h. Erfahrungen aus sechs vorangegangenen Altenparlamenten, d. h. eine Steigerung der Qualität von der Organisation über die Leittränträge bis hin zum Tagungsablauf. Daran haben auch Sie alle, verehrte

Delegierte, Ihren Anteil geleistet und dafür auch Ihnen ein herzliches Dankeschön. Viele von Ihnen sind schon von Anfang an dabei und können aus eigenem Erleben die Entwicklung beurteilen. Besonders erfreut können wir auch über die gute Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien unseres Landtages sein, das gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Ministerien. Wir werden mit unseren Anliegen ernst genommen. Das war nicht immer so.

Hängt es vielleicht damit zusammen, dass auch unsere Abgeordneten älter werden und sie dadurch näher an den Themen sind?

Wer weiß das schon.

Bevor wir uns den heutigen Anträgen zuwenden, ein kurzer Rückblick auf die Stellungnahmen der Fraktionen zu den Leittränträgen des 6. Altenparlamentes.

Zur Erinnerung die Themen 2009 waren:

1. „Der Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention – Handlungsempfehlungen für die ältere Generation“
2. „Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und Sicherung der Renten“
3. „Mitgestalten – Mitentscheiden: Partizipation älterer Menschen in M-V“

Die Fraktion der CDU verweist auf vielfältige Aktivitäten der Großen Koalition in Umsetzung der Beschlüsse des 6. Altenparlamentes und zahlreiche Projekte, die auf den Weg gebracht wurden. Nachzulesen im ersten Zwischenbericht des Sozialministeriums zum Umgang mit den Beschlüssen des 6. Altenparlamentes.

Die Fraktion der SPD, geht ausführlich auf die Anträge ein und verweist u.a. auf folgende eingeleitete Maßnahmen:

- Masterplan zur künftigen flächendeckende ärztlichen Versorgung in M-V auf Initiative der SPD-Fraktion
- Anregung zur Einrichtung eines Lehrstuhls für Geriatrie – wie Sie wissen eine langjährige Forderung der Altenparlamente
- Rente – Hinweis, dass es die Bundesebene betrifft, aber über den Bundesrat werden Anträge zur Verbesserung der Rentensituation eingebracht.
- Unermüdlicher Einsatz für die Einrichtung von Pflegestützpunkten – ebenso nachdrücklich auch vom Altenparlament gefordert
- Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung
- Forderung von Mindestlöhnen

Die Fraktion der FDP zählt u. a. folgende Aktivitäten auf:

- Hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Dazu DS 5/2774 „Flächendeckende medizinische Versorgung in M-V langfristig sichern“
- Rente: Aus liberaler Sicht muss der Bevölkerungsentwicklung Rechnung getragen werden d.h. der Zunahme der Leistungsempfänger steht ein immer kleiner werdender Teil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gegenüber. Die FDP favorisiert deshalb eine stärkere Kapitaldeckung für eine größere Un-

abhängigkeit von der aktuellen Anzahl an Beitragszahlern

- Die FDP ist für ein Mindesteinkommen aber gegen die Einführung von gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlöhnen durch den Staat.
- Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Hier verweist die FDP-Landtagsfraktion auf einen diesbezüglichen Antrag der FDP-Bundestagsfraktion und darauf, dass im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP die Einführung eines einheitlichen Rentenwertes noch in dieser Legislaturperiode fest vereinbart worden ist.
- Partizipation: Ja, sie ist von enormer Bedeutung aber ein Seniorenmitwirkungsgesetz wird abgelehnt. Senioren brauchen keine Sonderregelung. Sie sind ausreichend in allen Parlamenten vertreten. Gesonderte Interessenlage ist nicht erforderlich.

Die Fraktion DIE LINKE:

- Setzt sich nachhaltig für die Umsetzung der Beschlüsse des 6. Altenparlamentes ein
- Das geht aus diversen Anfragen in den Fragestunden des Landtages hervor
- Besonders zu erwähnen ist der vehemente Einsatz für die Einrichtung von Pflegestützpunkten oder auch
- für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Gegen Zusatzbeiträge zur Pflegeversicherung

Ergebnisse der aktuellen Politik der Landesregierung:

- Seniorenmitwirkungsgesetz seit Juli 2010
- Strategiepapier der Landesregierung zur Gestaltung des demographischen Wandels in M-V
- Sozialreport 50+ für M-V
- Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West
- Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg – Vorpommern“

Einer besonderen Erwähnung bedarf aber die Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes durch den Landtag im Juli 2010. Hier ist eine Forderung der Altenparlamente seit 1999 umgesetzt worden, Mit dem Gesetz wird umfassend die Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren über den Landeseniorenbeirat als Ansprechpartner für die Landesregierung ermöglicht. Ein wirklich toller Erfolg für die Vereine, Verbände, Organisationen, die diese Forderung immer wieder unterstützt haben. Es lohnt sich also doch, hartnäckig ein Ziel zu verfolgen.

Aber nichts ist so vollkommen als das es nicht noch besser werden könnte. Und so nutzen wir heute wieder das Altenparlament, ein wichtiges Forum der politischen Meinungsbildung der älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, um auf Mängel und Defizite hinzuweisen und Änderungen einzufordern.

Dazu liegen folgende Leittränträge zur Beratung vor:

1. „Folgen des demographischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern- notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“
2. „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“
3. „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“

Einige von Ihnen mögen denken, das haben wir schon so oft gefordert. Das Organisationskomitee war sich aber einig, dass sich mit der weiteren Zuspitzung der demographischen Entwicklung auch andere Sichtweisen auf notwendige Veränderungen ergeben, die sich in den Leitträgen widerspiegeln. Manchmal ist es auch ein „Nachhaken“, wenn wir meinen, dass noch Bedarf zur Umsetzung besteht. S. dazu z. B. auch das Schreiben an die Bundeskanzlerin, das wir heute verabschieden wollen. Oder auch die noch nicht zufriedenstellende Einführung von Pflegestützpunkten in M-V. oder die noch nicht erfolgte Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes.

Auch neue Beschlusslagen der Bundesregierung wie z. B. der sechste Altenbericht „Altersbilder der Gesellschaft“ vom Nov. 2010 oder die am 6. Okt. 2010 vom Bundeskabinett beschlossene „Nationale Engagementstrategie“ machen Anpassungen erforderlich.

So verständlich der Wunsch nach möglichst schneller Umsetzung unserer Forderungen ist, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, denkt man manchmal, sie verblissen vor dem, was sich an Katastrophen in der Welt abspielt: Immer noch Krieg in Afghanistan, obwohl der größte Teil der Bundesbürger die Einstellung fordert. Unruhen, kriegsähnliche Zustände in Nordafrika, wo die Menschen um demokratische Rechte und menschenwürdige Lebensbedingungen kämpfen.

Immer noch kein Verbot der NPD. Auch hier sind die Älteren in der Pflicht, sich aufgrund ihrer Lebenserinnerungen einzubringen.

Wir wissen doch noch, dass menschenverachtende Propaganda letztendlich in Krieg und Verderben endet.

Und noch ein furchtbares Ereignis, das die Welt erschütterte kann ich nicht unerwähnt lassen. Das ist der Reaktor-Gau am 11. März 2011 in Fukushima in Folge eines Erdbebens und eines Tsunamis. Es hat sich leider herausgestellt, dass es auch in technisch hochentwickelten

Ländern wie Japan, keine Sicherheit vor Atomkatastrophen gibt. Tausende Tote, sind zu beklagen, Hunderttausende müssen in Notunterkünften leben.

Hier hat uns die Vergangenheit eingeholt, denn genau heute vor 4 Wochen, nämlich am 26. April jährte sich der Tag des Reaktor-Gaus in Tschernobyl zum 25. Mal. Und noch immer leiden viele Menschen an den Folgen dieser Katastrophe. Viele Menschen gedachten in Schweigeminuten der Opfer dieser beiden Katastrophen und ich bitte auch Sie, sich von den Plätzen zu erheben und der Opfer zu gedenken. Ich danke Ihnen.

Es ist schwierig, jetzt fortzufahren.

Aber auch aus diesen Tragödien ergeben sich für uns Verpflichtungen nämlich dafür einzutreten, dass die

zurzeit stillgelegten acht ältesten Atomkraftwerke der Bundesrepublik abgeschaltet bleiben.

Dass wir eine gründliche Prüfung der Sicherheitsstandards der sich noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke fordern. Vor allen Dingen aber eine schnelle Klärung der Endlagerung des Atommülls. Und, wer Atommüll verursacht der sollte auch für die sichere Beseitigung verantwortlich sein. Unsichere Lagerung von Atommüll – auch das ist ein gigantisches Erbe, das wir unseren Kindern und Enkelkindern, wohl noch den Urenkeln hinterlassen.

Aber wer spricht schon von diesem schlimmen Erbe?

Setzen wir uns dafür ein, dass wir den nach uns kommenden Generationen eine gesunde und lebenswerte Umwelt hinterlassen.

Ich wünsche uns allen einen guten Verlauf des 7. Altenparlamentes mit fairen und sachlichen Diskussionen in den Arbeitskreisen, wo die termingemäß eingegangenen Anträge zu den Leitträgen beraten werden sollen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vereinbarungsgemäß übergebe ich die Sitzungsleitung nun an Herrn Grau.

Aus den Arbeitskreisen

1. Arbeitskreis

Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung



Dr. Ursula von Appen, Leiterin
Karl-Ludwig Spengler, stellv. Leiter



2. Arbeitskreis

Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern



Erika Drecoll, Leiterin
Heinz Rösel, stellv. Leiter



3. Arbeitskreis

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement



Helge-Carl Wendt, Leiter
Horst-Dieter Fröhling, stellv. Leiter





Dokumentation 2011

Auch zur Arbeit des 7. Altenparlaments 2011 veröffentlicht der Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine umfassende Dokumentation. Die Beschlüsse können auf der Homepage des Landtages eingesehen werden.

www.landtag-mv.de

Verantwortlich:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung Parlamentarische Dienste

Telefon 0385 / 5 25-0

Herstellung:

Drucksache Balewski

Schwerin am 26. Mai 2011

